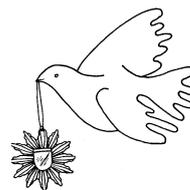


Bundesarbeitsgemeinschaft  
Kritischer  
Polizistinnen und Polizisten  
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl  
Kronsberg 31  
D - 21502 Geesthacht-Krömmel  
Tel.: 04152 – 885 666  
Fax: 04152 - 879 669

Samstag, 6. November 2010

## P R E S S E M I T T E I L U N G

Zu den heute beginnenden Staatsschauspielen – Große Bühne, reichlich Komparsen in Uniform wie auch unter Demonstrierenden – in der Republik Freies Wendland, erklären wir **Kritische PolizeibeamtInnen folgendes:**

**„Nur weil Rot-Grün zu unfähig gewesen ist, ein Atomausstiegsgesetz zu machen, das den Namen verdient hätte, geht jetzt wieder alles wie von vorne los“**

Es scheint unwirklich. Es ist auch unglaublich, aber das was wir im März 2001 erklärten – ja, Sie lesen richtig: März 2001 – als der Pseudo-Atomausstieg mit einem sogenannten Atom-Ausstiegsgesetz der Rot-Grünen Bundesregierung mit einem grünen Bundesumweltminister gerade beschlossen worden war und sich diejenigen, die an den CASTOR-Demonstrationen teilnahmen, an der Häme von Grünen wie taz-Kommentatoren nach dem Motto: „Die Letzten, die es immer noch nicht begriffen haben“ „erbauen“ durften, gilt mit wenigen aktuellen Veränderungen auch heute unter einer schwarz-gelben Bundesregierung. Wir erwarten heute wie vor rund 10 Jahren von den eingesetzten PolizeibeamtInnen was wir am 23.03.2001 schrieben (siehe **ANLAGE: Pressemitteilung von 2001!**)

### **Aus alledem folgt:**

- Auch dieser Tage (6. bis 9. November 2010) nehmen Mitglieder unserer Bundesarbeitsgemeinschaft an den Widerstandstagen teil.
- Auch dieser Tage könnte man an dem Unvermögen der eingesetzten Polizeikräfte schier verzweifeln.
- Auch dieser Tage flehen die offiziellen PolizeiführerInnen um Verständnis, putzen die mit rund 150 (!) PolizeibeamtInnen tätigen Polizeipressekräften akquirierend tätigen Claquere der Atomindustrie in Uniform Klinken.
- Auch heute fallen viel zu viele JournalistInnen auf die Desinformationen der ÖffentlichkeitsarbeiterInnen aus der Polizei herein.

- Auch dieser Tage machen die sog. Konfliktmanager einen Job nach Manier von Idiotentests, denn wer fällt denn heute noch darauf herein?
- Auch heute konnten wir Kritische bei unserer Teilnahme bei der Großkundgebung in Dannenberg mehrfach peinliches Polizeihandeln erleben, rücksichtsloses Umrennen von Kleinstkindern und anderes mehr...

PolizeibeamtInnen sind – ähnlich wie am 30 September 2010 bei „Stuttgart 21“ – nicht gezwungen, unrechtmäßig zu handeln. Und wenn sie es tun, sollten sie endlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Strippenzieherin Nummer 1 im Hintergrund, die sich noch nie im Wendland hat blicken lassen, die amtierende Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Dorothea Merkel, die ehemalige Funktionärin für Agitation und Propaganda an der ehemaligen Elite-Hochschule „Akademie der Wissenschaften“ der ehemaligen Deutschen Demokratische Republik (siehe bei Interesse auch: <http://exit.gulli.com/url/http://gulli.com/news/kritische-polizisten-berwachung-elena-schwarz-gelb-2010-01-25> - dort zur im Rahmen der ELENA-Problematik gestellten Frage: „Klingt das in Ihren Ohren nach Stasi?“) – nimmt eiskalt diese gesellschaftliche Eskalation in Kauf.

Frau Dr. Merkel – vielfache Meisterin als Wendehälsin – war nicht bloß selbst einmal Bundesumweltministerin, sondern sie verantwortet als Kanzlerin durch die Entscheidung im Landkreis Lüchow-Dannenberg den (ungeeigneten) Standort Gorleben als Atommüll-Endlager weiter zu erkunden, eine weitere Entwicklung unseres Landes zu polizeistaatsähnlichen Zuständen:

**Im Wendland herrscht bei jedem CASTOR-Transport der Ausnahmezustand. Auch unter Rot-Grün in Bonn bzw. Berlin! Jedes Mal werden Grundrechte außer Kraft gesetzt. Dieser Tage zum 11. Mal wegen absurder CASTOR-Transporte.**

Die häufig mit mehreren Jahren an Verspätung festgestellten Rechtswidrigkeiten der Verwaltungsgerichte zu Festnahmen, Ingewahrsamnahmen, Platzverweisen, Polizeikesseln und vielem mehr interessieren die verantwortlichen PolitikerInnen und die PolizeibeamtInnen nur für's Sonntagspathos. Hier werden pure Industrieinteressen auf der Basis von Lügen, pseudo-wissenschaftlicher Schein-Seriösität - wie bereits bei Asse (dort „verrechnet“ sich bspw. Das „renommierte“ „wissenschaftliche“ Helmholtz-Zentrum München um diverse Kilogramm (!) Plutonium) und Morsleben - gegen unsere Umwelt und die Menschen für kurzfristige Profitinteressen durchgesetzt.

Möglich gemacht wird das eine (Ausnahmezustände im Wendland bei jedem CASTOR-Transport) wie das andere (Merkels reaktionäre Energiepolitik) durch das völlige Versagen grüner PolitikerInnen in Regierungskoalitionen:

- Claudia Roth 2001 während Rot-Grün in Berlin:  
„Wir haben durch das Atom-„Ausstiegs“gesetz den Konflikt befriedet.“
- Jürgen Trittin 2001 während Rot-Grün in Berlin:  
„Niemand braucht gegen die CASTOREN zu demonstrieren.“
- Die GAL Hamburg, April 2010, während Schwarz-Grün in Hamburg, verweigerten die Zustimmung in der Bürgerschaft zu einem Aufruf zur

Teilnahme an der Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel, aber teilten den Medien mit, dass ihre Bürgerschaftsabgeordneten an den und den Stellen in der Menschenkette stünden und die JournalistInnen bitte Photos von ihnen machen möchten.

Nur wegen dieser unseriösen Politik sehen sich jetzt hunderttausende Menschen wieder veranlasst, sich in ihrer Freizeit gegen die Atomlobby einzusetzen. DIE GRÜNEN waren unter anderem dafür gewählt worden, dass sie den menschenverachtenden Wahnsinn der Atomwirtschaft (kein Endlager, absurde „Zwischenlager“ usw.) beenden. Dabei war seit den 70er Jahren immer klar, dass die immanente Bedeutung der Atomwirtschaft zwangsläufig den Abbau von Bürgerrechten bewirkt.

Heute reüssieren DIE GRÜNEN in der Opposition unter anderem mit der Beteiligung an dem von ihnen mit zu verantwortenden Wiedereinstieg in die Atomindustrie zu ungeahnten Höhenflügen während immer noch GRÜNE in Regierungen (GAL in Hamburg) mit der Atom-Partei CDU zusammenarbeiten, sogar mit einer „Umwelt“-senatorin ein Kohlekraftwerk genehmigen (!) und sich auch damit als „politikfähig“ erweisen. So nennt man diese abstoßende Politik-(Un)Kultur. Und gleichzeitig schließen GRÜNE nicht einmal aus, dass sie zukünftig mit einer solchen Partei wie der CDU anderswo (Schleswig-Holstein, Berlin, auf Bundesebene usw.) erneut koalieren.

Manche Verhaltensweisen „richten“ sich selbst. Das gilt für Frau Dr. Merkel und wie für so viele grünen ParteifunktionärInnen. Nur müssten diese miteinander zusammenhängenden Tatsachen in Parteikreisen wie den veröffentlichten Meinungen auch klar benannt werden.

Werden DIE GRÜNEN an diese Zusammenhänge „erinnert“, dann verbieten sie den Gesprächspartnern meistens solche gesellschafts-politischen Memories, und fühlen sich geradezu beleidigt. Auch das lässt nichts Gutes für zukünftige Regierungsbeteiligungen von GRÜNEN ahnen. Dabei haben sie aus diesen Zusammenhängen heraus mit zu verantworten, dass zig Dutzende Menschen den Repressionsorganen des Staates ausgesetzt wurden und werden. Krass und bislang weitestgehend von der Springer-Presse und dem NDR der Freien und Hansestadt Hamburgs umnebelt ist das Wirken des grünen Justizsenators, Dr. Till Steffen, der sogar heute noch „seine“ Staatsanwaltschaft gegen missliebig gewordene PolizeibeamtInnen in Stellung bringt.

Zwingend hätten DIE GRÜNEN in der rot-grünen Bundesregierung beispielsweise das als Zwischenlager verkappte Endlager zerstören lassen müssen, um genau dieses Staatstheater auf Großer Bühne was wir dieser Tage wieder erleben müssen, zu verhindern. Es wäre auch möglich gewesen. Und dass politisch der Atomindustrie genau diese Option für die Zeit nach Rot-Grün erhalten wurde, ist schwer verzeihlich, weil darunter sowohl viele PolizeibeamtInnen als auch viele Anti-Atom-AktivistInnen schwer zu tragen haben.

Nach wie vor wird dieses Versagen in Regierungsverantwortung – genau wie zu Hartz IV und anderem Sozialabbau, Krieg als Mittel der Politik in der Bundesrepublik wieder hoffähig gemacht zu haben (incl. völkerrechtswidrigem Agriffrkrieg im Kosovo), Leiharbeitsfirmen salonfähig gemacht zu haben, die Hedge-Fonds ohne Not zu Gefallen der angelsächsischen Länder ins Land gelassen zu haben und

anderes mehr – nicht aufgearbeitet. Da sind DIE GRÜNEN so wie die Polizeien nach missratenen Polizeieinsätzen: Aufarbeitung wird nur behauptet, aber nicht betrieben...

Mit der Bitte um Veröffentlichung

und freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl, für den Bundesvorstand

(Bei elektronischem Versand ohne Unterschrift)

**Anlage**

„P R E S S E M I T T E I L U N G “ Nr. 4

der

[Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten \(Hamburger Signal\) e.V.](#)

vom 23. 03. 2001

**VertreterInnen der Bundesarbeitsgemeinschaft nehmen an den Aktionen gegen die Castor-Transporte teil,** werden in der Gäste-Gruppe des sogenannten Konfliktmanagements der Einsatzleitung sein und beobachten. Mitglieder von uns werden aber auch am Einsatz dienstlich teilnehmen.

Die Vorzeichen sehen nicht gut aus:

- Seitens der staatlichen Organe wird kein versammlungsfreundliches Verhalten gezeigt:
- Das Konfliktmanagement der Polizei entpuppt sich als der Einsatzleitung und dem Einsatzziel völlig untergeordnet und von seiner Qualität (ohne externe Kompetenz) und Quantität (statt 150 angekündigte ernannte Konflikt “manager “ sind es keine 20) besteht die Gefahr, dass es diesen an sich klugen Ansatz diskreditiert.
- Bei jetzt bereits über 5000 blockierwilligen BürgerInnen ist absehbar, dass die rund 600 Plätze in Containern sowie die Möglichkeiten zum Wegfahren in Gefangenentransportwagen der Polizei sehr schnell vom quantitativen zum qualitativen Problem werden wird.
- Wir Kritische PolizeibeamtInnen erwarten von hohen Fachbeamten, wie sie durch die Einsatzleitung verkörpert werden, dass sie dann, wenn wie 1997 erkennbar wird, dass die Blockade(n) mit verhältnismäßigen Mitteln nicht beseitigt werden können, nicht auf Geheiß aus dem Landesinnenministerium in Hannover die blockierenden Menschen wegknüppeln lässt sondern sich unter Berufung auf übergeordnete Werte wie dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit, bei der Abwägung verweigert. Auch das gehört zur Zivilcourage in Uniform, die viel zu selten gelebt wird.
- Doch was hindert die Polizei daran, ihrer immer wieder in die Mikrofone und Kameras hinein erklärten Angst vor Verstrahlung und der Zukunft ihrer Kinder Ausdruck in ihrem konkreten Handeln zu verleihen? -

Auch Zivilcourage in kleineren Dosen täte PolizistInnen gut. Wenn ihre Sorgen angesichts der Atomindustrie und ihre zur Schau gestellte Sympathie mit den Anliegen der Anti-Atom-Bewegung ernst gemeint sind, sollten sie z. B.

Ihren Vorgesetzten deutlich machen, dass sie dem Einsatzbefehl von Gewaltmitteln gegen gewaltfrei widerstehende BürgerInnen nicht Folge leisten werden, den wahren Sinn und Zweck der CASTOR-Transporte diskutieren und sich einer, die Gewalt herbei redenden Polemik verweigern etc.

- Wenn PolizistInnen trotz öffentlichkeitswirksamer Lippenbekenntnisse gegen Gewalt diese Zivilcourage nicht aufbringen, dann ist auch ihre Hoffnung unberechtigt, dass es zu „einem Rückgang der Castor-Transporte“ (Zitat Konfliktmanager der Polizei) kommen wird. Denn eine andere, den Menschen gerechtere Politik wird nur kommen, wenn sich viele aktiv und unter Inkaufnahme negativer Konsequenzen dafür einsetzen. Seit Wochen versucht die Polizei die Bewegungsfreiheit im Wendland durch Einschüchterung einzuschränken.

- Die Polizei und ihre politischen AuftraggeberInnen haben begriffen, dass sie die „Schwarze-Peter-Rolle“ wieder einmal in eine aussichtslose Legitimationsnot gegen einen konsequent gewaltfreien und phantasievollen Widerstand in den Händen trägt. Mit ihrer massiven Öffentlichkeitsarbeit, die gewaltfreie Aktion und gezielte Gesetzesübertretung im Rückgriff auf alte Reflexe mit Gewalt gleichsetzt, versucht die Polizei, der Wirkung hässlicher Räumungsszenen, die auch diesmal zu erwarten sind, im Vorfeld zu begegnen.

Die sogenannten Konfliktmanager werden dann längst abgezogen sein. Ihre Wirkung aber bleibt: „Hoffnungen gründen wir auf ein mündiges und zivilisiertes Umgehen miteinander“, schreiben sie und disqualifizieren damit diejenigen, die sich nicht ihrer Aufforderung anschließen, „den CASTOR nur mit Blaulicht“ passieren zu lassen. Steinwürfe werden auf penetrante Weise als Argument aufgeführt und gewaltfreie Aktion wird dann immer wieder in diesen Zusammenhang gesetzt. „Ich werde von Samstag, den 24. März bis Freitag, den 30. März 2001, ausnahmsweise mobil über 0171 / 17 40 771 erreichbar sein. Gleichzeitig erlaube ich mir den Hinweis auf unsere Homepage: [www.kritische-polizisten.de](http://www.kritische-polizisten.de). Dort finden Sie auch zum Castor-Einsatz in der neuesten UNBEQUEM lesenswertes.

Mit freundlichen Grüßen

*(Thomas Wüppesahl),*

Bearbeitet am: 23.03.2001/ad